

Yossi Alpher

Konsequenzen des libanesischen Waffenstillstandes für den israelisch-palästinensischen Konflikt: ein israelischer Standpunkt

Das Policy Paper entstand im Rahmen der Arbeit des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ im Nachgang der 10. Kronberger Gespräche der Bertelsmann Stiftung, September 2006

Auf der Karte der Region, wie sie sich in den vergangenen sechs Monaten herausgearbeitet hat, steht Israel an zwei Fronten militanten und aggressiven islamistischen Feinden gegenüber: im Libanon und in Gaza. Sowohl Hisbollah als auch Hamas sind Kombinationen aus Miliz, Terrorbande und politischer Partei, teilweise etabliert durch fehlgeleitete amerikanische demokratische Reformpläne für die Region. Beide werden vom Iran und dessen Vasall Syrien unterstützt, beide lehnen die bloße Existenz Israels ab, beide verweigern Verhandlungen mit Israel und ernähren sich von gescheiterten arabischen politischen Entitäten. Ein Waffenstillstand beendete vor kurzem Kämpfe zwischen Israel und Hisbollah, die mehr als einen Monat andauerten, obwohl Israel immer noch den Zugang zum Libanon blockiert, um so Waffennachschub für die Hisbollah zu unterbinden. In Gaza dauert der Konflikt auch nach zwei Monaten noch an.

Eine für die Palästinenser wichtige Konsequenz der Kämpfe im Libanon und in Gaza ist, dass Premierminister Ehud Olmert seinen Plan des einseitigen Abzuges aus Teilen der West Bank aufgeschoben hat. Israel wurde ohne Provokation über zwei international anerkannte Grenzen angegriffen, nachdem man sich einseitig hinter diese zurückgezogen hatte. In der öffentlichen Wahrnehmung wird damit zumindest das Gaza-Modell eines Abzuges von sowohl Siedlungen wie Armee ohne vorheriges Abkommen mit einer lebensfähigen palästinensischen Regierung delegitimiert geführt.

Dies ist der militärisch-strategische Hintergrund für jegliche Bewertung der Konsequenzen des libanesischen Waffenstillstandes für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Für die israelischen Interessen bezüglich der Palästinenser sind viele dieser Konsequenzen negativ, sowohl militärisch wie politisch, während einige wenige Perspektiven für mögliche neue diplomatische Ansätze zu eröffnen scheinen.

Die Resolution 1701 des Weltsicherheitsrates der UNO beendete zumindest zeitweise die Kämpfe im Libanon. Aber angesichts des Fehlens jeglichen nennenswerten neuen UNIFIL-Kontingentes und größerer Entschlossenheit seitens der libanesischen Regierung war es bislang mehr als schwierig, die Bestimmungen von UNSC 1701 durchzusetzen. Generell scheint UNSC 1701 ein schwaches Modell für einen israelisch-palästinensischen Waffenstillstand in Gaza zu sein. Im Libanon wird eine internationale Truppe aufgebaut, um eine schwache Regierung mit zumindest guten Absichten zu stützen, auch wenn diese zögert, den Forderungen der UNO nach Entwaffnung der Hisbollah nachzukommen. Eine vergleichbare Maßnahme in Gaza würde eine ebenso schwache – aber extremistische – Hamas-Regierung unterstützen, die von der internationalen Gemeinschaft boykottiert wird. Auch lädt die Geographie des kleinen, überbevölkerten Gaza nicht zur Entsendung internationaler Kräfte in großem Maßstab ein. Schlussendlich scheinen Nicht-UNO-Truppen wie die MFO (Multinationale Streitkraft und Beobachter) auf dem

Sinai und die Beobachter der Europäischen Union in Gaza im israelisch-arabischen Kontext größere Erfolgsaussichten zu haben als UNO-Truppen wie UNIFIL, erweitert oder nicht.

Andererseits könnten Israels kürzliche militärische Erfolge in Gaza (das Abschießen von Kassam-Raketen wurde erheblich reduziert, viele Militante wurden getötet, gegenüber wenigen israelischen Verlusten) den sofortigen Bedarf für nichts außer einer humanitären internationalen Intervention dort als unumgänglich erscheinen lassen. Auch haben die Israelis Gaza nicht so besetzt wie den südlichen Libanon. Außerdem gibt UNSC 1701 der Hisbollah die Schuld für den Ausbruch des Krieges und kritisiert in keinsten Weise Israel für seine Offensive im Libanon und die Schäden und die Toten, die es mit seiner Antwort bewirkte. Dies ist ein hilfreicher Präzedenzfall für Gaza, wo die israelische Armee (IDF) jetzt – vorausgesetzt, es bleibt ruhig und friedlich im Libanon – freie Hand hat, wenn nötig weitere Kräfte zu entsenden. Mit anderen Worten: aus der Sicht Israels braucht es keinen Waffenstillstand mit internationalem Mandat in Gaza. Dieser wäre auch nicht so wirkungsvoll wie im Libanon, wegen der ideologischen Positionen der Hamas-Regierung.

Allgemein gesprochen ist es überhaupt nicht deutlich, ob der Krieg, den Israel im Libanon geführt hat mit dem Ziel, seine Abschreckungswirkung wieder herzustellen, dies tatsächlich bewirkt hat. Dies könnte negative Auswirkungen darauf haben, wie militante Palästinenser Israel sehen. Das offensichtlichste Beispiel ist das Scheitern von UNSC 1701 bei der Rückführung der beiden entführten israelischen Soldaten aus dem Libanon; dies lässt kaum Gutes ahnen für eine Lösung der Geiselauffäre in Gaza. Wichtiger ist die Warnung von Seiten ranghoher israelischer Sicherheitsbeamter, dass Hamas jetzt ihre Anstrengungen verdoppeln wird, ein Raketenarsenal ähnlich dem, das die Hisbollah im Libanon so wirkungsvoll einsetzen konnte, zu erhalten.

Ebenso scheint der Abschluss des Krieges im Libanon die Aussichten für einen israelisch-palästinensischen Friedensprozess nicht zu verbessern. Einige linke Israelis fordern ein erneutes Zusammentreten der Madrider Friedenskonferenz von 1991 oder eines anderen multilateralen Prozesses als einem Mittel, das Ergebnis dieses Krieges für einen erneuerten politischen Prozess zu nutzen. Allerdings folgte Madrid einem US-geführten militärischen Triumph, der vorgeblich zu einer regionalen *pax americana* führte, die wiederum ihrerseits dazu beitrug, einen Friedensprozess in Gang zu bringen. Im Gegensatz dazu haben die USA zur Zeit im Nahen Osten große Probleme, weil der Libanon-Konflikt ohne einen entscheidenden Sieg für eine Seite endete. Viele sehen diese Umstände als einen Erfolg für die islamistischen Kräfte in der Region, die keinerlei Interesse an einem Frieden mit Israel haben.

Vor den Halbzeitwahlen im November 2006 wird es sicherlich keine amerikanische Initiative geben. Auch für die Zeit danach scheinen Washingtons starke Engagements bezüglich Irak und Iran und die traditionelle Abneigung der Bush-Administration, sich intensiv im israelisch-palästinensischen Konflikt zu engagieren, ernsthafte Bemühungen auszuschließen. Andererseits scheinen die USA, die Europäische Union und die gemäßigten arabischen Staaten mehr und mehr entschlossen, nach dieser Krise im Libanon, auch an der palästinensischen Front etwas unternehmen zu wollen. Man beachte dabei z.B. die arabische Debatte über einen neuen Versuch, die im März 2002 von Saudi-Arabien und der Arabischen Liga

entwickelte Formel eines arabisch-israelischen Friedens voranzubringen, oder auch den Vorschlag des italienischen Außenministers Massimo d'Alema¹, dass ein Erfolg von UNIFIL im Libanon auch eine internationale Truppeninitiative in Gaza herbeiführen könnte.

Zur Zeit jedoch ist die palästinensische Autonomiebehörde so schwach und anarchisch wie vor dem Krieg und niemand übt auf Israel Druck aus, sie als verlässlichen Partner für Verhandlungen zu betrachten. Premierminister Olmert ist aus diesem Krieg (und aus UNSC 1701) politisch geschwächt hervorgegangen, seine Rückzugsinitiative wurde diskreditiert. Andererseits scheint sich Israel zunehmend anfreunden zu können mit internationalen Initiativen und mit einer internationalen Präsenz an seinen Grenzen zu den lästigen islamistischen Nachbarn. Die Option einer erneuten israelischen militärischen Besetzung derer Territorien wird von der israelischen Öffentlichkeit ohne Wenn und Aber verworfen. Vor zwei Monaten hätten nur wenige in Israel eine verstärkte UNIFIL im Libanon begrüßt. Vor zwei Jahren hätten nur wenige gedacht, dass Ägypten und die EU ihre gegenwärtige konstruktive Rolle in Gaza spielen würden, oder dass (wie vor kurzem angekündigt) der Grenzübergang Karni erweitert würde, um zusätzliche europäische Sicherheitsbeobachter aufzunehmen.

Unter diesen Umständen, wenn überhaupt eine israelische Friedensinitiative zu diesem Zeitpunkt vorstellbar wäre, wäre sie eher Richtung Libanon und Syrien gerichtet, nicht auf die Palästinenser. In Beirut hat Premierminister Fuad Siniora bereits signalisiert, dass aus dem gegenwärtigen Prozess Friedensgespräche mit Israel entstehen könnten. Parallel dazu wird Damaskus als Schwachstelle in der vom Iran angeführten Front gegen Israel wahrgenommen – und die iranische Bedrohung erhält jetzt im israelischen strategischen Denken über das palästinensische Problem unmissverständliche Priorität. Dies bedeutet, dass die Aufgabe der Golan-Höhen im Rahmen eines Friedens mit Syrien und Libanon jetzt von der israelischen Öffentlichkeit als eine fairer, zu zahlender Preis selbst für einen kalten Frieden wäre, wenn dabei auch der iranische Zugang zur Levante radikal eingeschränkt würde. Ob neue Gespräche mit dem Regime von Bashar Assad in Damaskus einen lebensfähigen Friedensprozess bewirken könnten, ist eine andere Frage, doch mehr und mehr Israelis scheinen darauf vorbereitet zu sein, dies erneut auszuprobieren, sollte Washington davon überzeugt werden können, seine unrealistischen Bestrebungen nach einem „neuen Nahen Osten“ bezüglich Syrien zurückzustellen.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände sollte das Quartett der Vermittler, und hier insbesondere die EU, in den kommenden Monaten die folgenden Optionen ins Auge fassen:

- Auf der palästinensischen Seite Israels Bereitschaft ausloten, die internationale Gemeinschaft in speziellen humanitären und sicherheitsrelevanten Rollen einzubinden, wie in Rafah und, bald, in Karni. Dabei jedoch den politischen Boykott der Hamas aufrecht erhalten, bis diese die drei Bedingungen des Quartetts akzeptiert, anerkennen, dass das Beispiel Libanon/UNIFIL (das sich in jedem Fall noch nicht bewiesen hat) in Palästina nicht angewendet werden kann, und anerkennen, dass die innenpolitische Situation in Palästina einem Friedensprozess nicht förderlich ist.

¹ Interview mit Ha'aretz am 25. August 2006.

- Die Olmert-Regierung, wenn diese öffentlichen Unmut über den Krieg im Libanon überlebt, dabei unterstützen, zu einer Agenda des Rückbaus von Siedlungen in der West Bank zurückzukehren. Dabei sollte die israelische Armee vor Ort bleiben, angesichts der Lektionen aus dem Libanon und aus Gaza, als eine Standardmaßnahme, um zumindest eine minimale Dynamik an der palästinensisch-israelischen politischen Front beizubehalten, wenn schon ein lebensfähiger Friedensprozess fehlt.
- Anerbieten, israelisch-libanesische und wenn möglich auch israelisch-syrische politische Kontakte zu unterstützen. Unter den derzeitigen Umständen ist dies für die Europäische Union einfacher als für die USA.
- Schließlich eine ernsthafte europäische schnelle Eingreiftruppe für künftige Einsätze im Nahen Osten vorbereiten – eine, die schneller und effizienter eingesetzt werden kann als die derzeitige UNIFIL Operation. Eine Art NATO/EU-Hybridtruppe könnte die Antwort sein.²

Yossi Alpher ist Mitherausgeber der bitterlemons Gruppe von Internet Publikationen. Er ist ehemaliger Direktor des Jaffee Center for Strategic Studies der Universität Tel Aviv und ehemaliger Chefberater von Premierminister Ehud Barak.

Herr Alpher kann kontaktiert werden via yalpher@netvision.net.il oder via Herrn Hanelt bei der Bertelsmann Stiftung (christian.hanelt@bertelsmann.de).

Übersetzt von Gudrun Staedel-Schneider (staedelschneider@gmx.de)

² Siehe Jack Segal, „Peacekeeping in Lebanon by a NATO-TU force“ in: bitterlemons-international.org. Ed. 30, Bd. 4, 10. August 2006.